

nachrichten

**Remo Ankli wird Schulratspräsident**

**Laufen.** Der Schulrat des Regionalen Gymnasiums Laufental-Thierstein hat eine neue Führung. Das Präsidium übernimmt der Beinwiler Gemeindepräsident und FDP-Kantonsrat Remo Ankli. Er löst den Laufener FDP-Landrat Rolf Richterich ab. Dieser hatte das Amt zuvor sieben Jahre lang ausgeübt. Vizepräsident wird Fabian Cueni aus Röschenz, der Marino Raccuia (Kleinlützel) ersetzt.

**Pfarrerinnen in stiller Wahl gewählt**

**Münchenstein.** Die Kirchgemeinde Münchenstein hat zwei neue Pfarrerinnen: Der Baselbieter Kirchenrat hat Heidrun Werder und Tabitha Walther als in stiller Wahl gewählt erklärt. Die beiden bekleiden ein Pensum von 50 respektive 70 Prozent. Heidrun Werder ist seit 1998 Pfarrerin der Kirchgemeinde Aesch-Pfeffingen, Tabitha Walther arbeitet seit 2006 als wissenschaftliche Assistentin an der Theologischen Fakultät der Universität Basel.

**Polizei präsentiert sich an Ständen**

**Oberwil/Grellingen.** Am 27. August präsentiert sich die Baselbieter Polizei gleich an zwei Anlässen der Öffentlichkeit. Von 08.00 bis 16.00 Uhr betreiben Polizisten einen Stand am Sommermarkt in Oberwil, in Grellingen beteiligt sich die Polizei zusammen mit anderen Blaulichtorganisationen am «Tag der offenen Türen» der Grellinger Feuerwehr.

**Umleitung wegen Lärmschutzwand**

**Pratteln.** Im Rahmen des Lärmsanierungsprogrammes Kantonsstrassen werden ab dem nächsten Montag Bauarbeiten für eine Lärmschutzwand entlang der Hohenrainstrasse durchgeführt. Während der Bauzeit wird der Verkehr in Richtung Muttenz über den Allzweckstreifen geführt, wie die Bau- und Umweltschutzdirektion mitteilt. Die Fussgängerführung wird signalisiert. Die Arbeiten werden bis im November dauern.

Die Baselbieter Wirtschaftskammer unterstützt bürgerliche Kandidaten – nach Lust und Laune  
**Das Spiel der Mächtigen**



**Dominant.** Wirtschaftskammer-Direktor Hans Rudolf Gysin lässt bei Wahlen seine Macht spielen. Foto Dominik Plüss

Von Alessandra Paone



Was ist eigentlich los mit der Baselbieter Wirtschaftskammer? Weiss in diesem Betrieb die rechte Hand noch, was die linke tut? Spätestens nachdem bekannt wurde, dass die Wirtschaftskammer die Kandidatur von Caspar Baader (SVP) in den Ständerat unterstützt und Elisabeth Schneider (CVP) leer ausgeht, sind diese Fragen berechtigt. Störend ist weniger, dass sich Hans Rudolf Gysin und Konsorten nur für einen Kandidaten entschieden haben. Vielmehr befremdet es, dass dieser Entscheid

von Anfang an auf schwachen Argumenten, Ausreden und Fehlbehauptungen fusste.

**Kein demokratischer Entscheid**

Den ersten Fauxpas leistete sich die Wirtschaftskammer, indem sie Elisabeth Schneider den Eingang ihres Unterstützungsgesuchs nicht bestätigte. Noch schlimmer: Christoph Buser, Mitglied der Geschäftsleitung und FDP-Landrat, sagte gegenüber dem «Sonntag», er habe keine Kenntnis von Schneiders Anfrage. Richtig peinlich wurde es dann, als Wirtschaftskammerdirektor Hans Rudolf Gysin den Entscheid, Schneider nicht zu unterstützen, in einem Interview mit dem Regionaljournal Basel damit begründete, dass Schneider kein Mitglied der

Wirtschaftskammer sei. Das war schlicht falsch. Ein solcher Fehler darf einem Schwergewicht wie Gysin, der seit weit über 20 Jahren für die Baselbieter FDP im Nationalrat politisiert, sämtliche Wahlen gewonnen hat und für sein taktisches Geschick bekannt ist, nicht passieren. Selbst dann nicht, wenn er sich aus dem Tagesgeschäft zurückgezogen hat, was offensichtlich der Fall ist. Zu seinem Missgeschick mochte Gysin aber nicht mehr Stellung nehmen. Stattdessen schob er Christoph Buser vor, der den Schlamassel dann in den Medien ausbaden durfte. So funktioniert die Kommunikation der Wirtschaftskammer offenbar: Will der Verantwortliche nicht Auskunft geben,

geht er entweder nicht ans Telefon oder lässt seinen Untergebenen ausrichten, er sei mit Sitzungen beschäftigt. Zurück zum Entscheid, Caspar Baaders Ständeratskandidatur zu unterstützen. FDP-Landrat Thomas Schulte, der als Präsident des Verbands Gärtnermeister beider Basel und Präsident des Gewerbevereins Oberwil und Biel-Benken seit vielen Jahren im Wirtschaftsrat sitzt, bezeichnete diesen als «demokratisch». Doch von demokratisch kann in diesem Zusammenhang wohl nicht die Rede sein. Die Abstimmung des Wirtschaftsrats war lediglich ein Vollzugsakt, zumal der Zentralvorstand den Beschluss vorab im stillen Kämmerlein definitiv gefasst hatte. Das Unterstützungsgesuch von Elisabeth Schneider wurde somit überhaupt nicht thematisiert, sondern einfach verschwiegen.

**Die Abstimmung des Wirtschaftsrats war lediglich ein Vollzugsakt.**

Damit aber hat der Zentralvorstand bewusst verhindert, dass das Geld des Gewerbes in die Wahlkampfkasse der CVP-Ständeratskandidatin fliesst. Trotz allem wäre es nun falsch zu behaupten, der Zentralvorstand habe den Wirtschaftsrat vor vollendete Tatsachen gestellt. Denn letzterer hätte sich gegen den Vorschlag wehren oder diesen zumindest kritisch hinterfragen können. Fakt jedoch ist, dass dem Wirtschaftsrat gar keine Alternative geboten wurde. Zwar stösst die Vorgehensweise des Zentralvorstands – vor allem unter Gewerblern – auf Kritik, wenn auch nur hinter vorgehaltener Hand. Aus Angst, dass sie bei Protesten gegen die Entscheide des Vorstands nicht mehr mit der Unterstützung der Wirtschaftskammer rechnen können, machen die Gewerbler gute Miene zum bösen Spiel. Dadurch verpassen sie aber die Gelegenheit, die verdeckten Machtspiele ihrer Dachorganisation offenzulegen. alessandra.paone@baz.ch

**VPOD sagt Sparplänen den Kampf an**  
Staatspersonal-Gewerkschaft fordert Steuererhöhungen für hohe Einkommen

Von Stefan Gyr

**Liestal.** Die Staatspersonal-Gewerkschaft VPOD Region Basel lässt am Entlastungspaket 12/15 für den in Schiefelage geratenen Baselbieter Staatshaushalt keinen guten Faden. Sie lehnt die Sparpläne der Regierung und des landrätlichen Thinktanks «als sozialpolitisches Belastungspaket» rundum ab, wie es gestern an einer Medienkonferenz in Liestal hiess. Laut dem Regierungsrat müsse das Programm als Gesamtpaket betrachtet werden, und darum wies der VPOD es als Ganzes zurück, erklärte Präsident Urs Müller.

Von den Folgen des Entlastungspaketes sind nach der Meinung des VPOD einseitig tiefe Einkommen, Benutzer der öffentlichen Verkehrsmittel und das Kantonspersonal betroffen. Müller: «Entlastung heisst personalpolitisch Entlassung.» Für den VPOD sind die geplanten Entlassungen «inakzeptabel». Von einer Opfersymmetrie, wie sie die Regierung nach eigenen Angaben anstrebt, kann nach der Auffassung der Gewerkschaft keine Rede sein. Es bleibe schleierhaft, worin beispielsweise der Beitrag der hohen Einkommen zur Haushaltssanierung besteht.

**Gegen Personalabbau**

Statt Einsparungen durch Personal- und Leistungsabbau fordert der VPOD Massnahmen auf der Einnahmenseite: Steuererhöhungen für hohe Einkommen und Vermögen, die allenfalls befristet werden könnten. Die Lösung des Finanzproblems müsse bei den Ursachen ansetzen, und das seien die



**Protest.** Der VPOD übergibt seine Stellungnahme Landschreiber Walter Mundschin (hinten Mitte). Foto Dominik Plüss

Steuergeschenke von jährlich fast 100 Millionen Franken, sagte Regionalsekretär Matthias Scheurer. Dabei müsse nicht zwangsläufig abgewartet werden, bis die Defizitbremse greift.

In seiner gestern abgegebenen Vernehmlassungsantwort wehrt sich der VPOD gegen zwölf Massnahmen mit einem Spar- und Abbaupotenzial von jährlich rund 70 Millionen Franken. Im Fadenkreuz der Kritik stehen die Pensenerhöhungen für Fachlehrerinnen und Fachlehrer der Sekundarstufe I

und II, die Lohnsenkung für Stellvertretungen von Lehrkräften, der Abbau bei den Krankenkassenverbilligungen und Sozialbeihilfen für tiefe Einkommen sowie die Angebotsreduktion auf den wenig wirtschaftlichen Linien des öffentlichen Verkehrs.

Vor allem die Pensenerhöhungen für Fachlehrpersonen will der VPOD «mit allen demokratischen Mitteln» bekämpfen. Für die Betroffenen habe dies eine Verschlechterung der Arbeits- und Unterrichtsbedingungen zur Folge und für die Klassenlehrerinnen und Klassenlehrer die Zementierung der heutigen Bedingungen, erklärte Regionalsekretärin Heidi Mück. Die «einseitige Bestrafung» der Fachlehrpersonen sei ein Versuch, die einzelnen Funktionen und Stufen im Schulbereich gegeneinander auszuspielen, was ein «Spiel mit dem Feuer» sei.

**Aus für viele Bus- und Bahnlinien**

Die Angebotsreduktionen im öffentlichen Verkehr kommen nach der Ansicht des VPOD einem sozial-, verkehrs- und umweltpolitischen Desaster gleich. «Der öffentliche Verkehr soll auf Taschenformat hinuntergefahren werden», sagte Scheurer. Der von der Regierung angepeilte Leistungsabbau werde das Ende vieler Bus- und Bahnlinien im oberen Baselbiet und im Laufental bedeuten. Die Transportunternehmen müssten 10 bis 20 Prozent ihres Personals entlassen, kleine Gemeinden würden durch die Angebotsausdünnung massiv an Attraktivität einbüßen, und der Individualverkehr würde zunehmen – mit allen negativen Folgen für die Umwelt.

**SP will sich gegen den Ansturm aus dem Zentrum behaupten**

Linke setzt dem Mitte-Block ihre politische Erfahrung entgegen

Von Thomas Gubler

**Liestal.** «Für alle statt für wenige». Mit diesem Motto steigt die SP Baselland in die eidgenössischen Wahlen vom 23. Oktober. Das sei die Quintessenz der sozialen und ökologischen Politik der Sozialdemokratie, sagte Wahlkampfleiter Silvio Tondi gestern bei der SP-Wahlkampföffnung im Regierungsgebäude. Um diese «Politik für alle» auch unter die Leute zu bringen, will die SP den persönlichen Kontakt mit der Bevölkerung suchen – wie beispielsweise mit der jüngst absolvierten Velotour durch alle 86 Baselbieter Gemeinden, aber auch mit verschiedenen Medien wie etwa dem Panoramabild auf der SP-Wahlhomepage [www.sp-wahlen.ch](http://www.sp-wahlen.ch) – dem «medialen Flaggschiff».

Im Gegensatz etwa zu den Freisinnigen, die über keinen Bisherigen mehr verfügen, steigt die SP gerade mit deren drei in die eidgenössischen Wahlen. Erklärtes Wahlziel ist es daher, so Silvio Tondi, «in der nächsten Legislatur wieder mit Susanne Leutenegger Oberholzer und Eric Nussbaumer in den Nationalrat und mit Claude Janiak in den Ständerat einzuziehen zu können».

Der neuen Herausforderung durch den Mitte-Block wolle man nicht zuletzt mit einem engagierten Strassenwahlkampf begegnen. «Denn der Mitte haben wir voraus», so Tondi, «dass wir den Wählerinnen und Wählern von unserer Politik erzählen können.» Und Susanne Leutenegger ergänzte: «Eric und ich sind berechenbar. Von der Mitte weiss man noch nichts.» Materiell bedeutet «Politik für alle» für die Bisherige Susanne Leutenegger primär «sichere Ar-

beitsplätze, gute Löhne und ein starker Werkplatz». Der Finanzplatz dürfe den Werkplatz nicht länger bedrohen. Eric Nussbaumer dagegen möchte das Motto in der Energiepolitik umsetzen: durch Schaffung guter Rahmenbedingungen für den Ausbau der Stromproduktion aus erneuerbarer Energie und durch eine gesetzliche Verankerung des Atomausstiegs.

**Drei Landräte kandidieren**

Mit Parteipräsident Martin Rüegg, Fraktionschefin Kathrin Schweizer und Daniel Münger kandidieren auch drei Landräte fürs eidgenössische Parlament. Rüeggs Anliegen ist dabei «Bildung für alle», weil Bildung auch Voraussetzung sei für das Funktionieren eines demokratischen Systems. Kathrin Schweizer will, dass mehr Bundesgelder für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs in die Nordwestschweiz fliessen, und Daniel Münger fordert, dass die Pensionskassen in preisgünstigen Wohnraum investieren.

Für Mindestlöhne, eine eidgenössische und eine öffentliche Erbschaftsteuer steht der jüngste Kandidat ein, der 26-jährige Reto Wyss; und für Tagesschulen starkmachen will sich Regula Nebiker Toebak, die «einzige praktizierende Mutter auf der Liste», wie die Staatsarchivarin und Liestaler Einwohnerrätin erklärte.

Offen gelegt haben die Sozialdemokraten am Freitag auch ihr Wahlkampfbudget: 200 000 Franken wollen sie ausgeben – 50 000 für den Ständeratswahlkampf, 20 000 für die Juso-Liste und 130 000 für den Nationalratswahlkampf und die allgemeine Logistik.